

di schwarzi chatz

Zeitung der Freien Arbeiter_innen Union in der Schweiz



Der Kampf der Reiniger*innen in Luterbach SO geht weiter

Seit mehreren Monaten sind wir zusammen mit der IWW und dem Reinigungskollektiv daran, die Reiniger*innen in der Biogen-Fabrik in Luterbach SO zu unterstützen. Trotz Repression gegen uns und unsere Arbeiter*innen bleiben wir standhaft. Und auch trotz der Blockade vonseiten der Chef*innen, gab es bereits erste Erfolge - und die erste Entlassung wegen gewerkschaftlicher Betätigung. Die Taktik, die Unia als Sozialpartnerin vorzuschieben, ist gescheitert.



Seit mehreren Monaten haben sich die Reinigungskräfte bei Enzler mit der FAU (Freie Arbeiter*innen Union) und der IWW (Industrial Workers of the World) im Reinigungskollektiv organisiert, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern: Sicherheitsstandards werden nicht angewendet, Zeitpläne nicht beachtet, sie arbeiten eigentlich auf Abruf. Dies sind bloss einige der Missstände, mit denen die Arbeiter*innen zu kämpfen haben. Mitte Juni meldeten wir die Angelegenheit beim Arbeitsinspektorat. Seit darüber in der Presse berichtet wurde, hat sich der Druck auf die Arbeiter*innen erhöht. Die Bosse versuchen herauszufinden, wer Mitglied unserer Gewerkschaft ist, und sagen den Arbeiter*innen, dass sie bei Problem zu ihnen oder zur

Unia gehen sollen, aber nicht zu uns Basisgewerkschaften.

Kündigung wegen Interview

Der Druck hat sich zuletzt sogar in gewerkschaftsfeindliche Repression verwandelt. Kurz nach den ersten Berichten, wendete sich ein Arbeiter nach homophoben Angriffen gegen ihn an die Presse. Für den Beitrag wurde auch einer unserer Gewerkschaftsdelegierten interviewt, um über die Zustände bei Enzler zu sprechen. Der Genosse war lange selbst bei Enzler tätig und noch gut vernetzt. Nach seiner Arbeit wechselte er zur Firma CBRE, welche in der Fabrik in Luterbach für das Facility Management zuständig ist. Kurz

(weiter auf Seite 2)

Sommer 2021

Nr. 69 13. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.FAUunion.ch | zeitung@faubern.ch

In dieser Ausgabe

FAU-News 4

Generalversammlung: Gründung der FAU Schweiz und der Jugendorganisation FAJ

(Nicht) zurück zu miesen Arbeitsbedingungen 7

Für den Neustart in der Gastronomie fehlt das Personal. Dies ist wegen den miesen Bedingungen abgesprungen.

Von der Bezugsgruppe zur Jugendgewerkschaft 7

Radikale Jugendgruppen gibt es viele. Die FAJ will jedoch neue Wege gehen.

Offene Kündigung der Unia-Mitgliedschaft 9

Offener Brief zweier (ehemaliger) Vertrauensleute der Unia an den Vorstand Berns.

Gesundheit für alle, ein Kampf von allen! 9

Der Unmut im Gesundheitssektor nimmt zu. Warum dieser Kampf auch Menschen angeht, die nicht in diesem Sektor arbeiten.

Die befreite Gesellschaft 11

Gedanken zum Weg in eine befreite Gesellschaft und dessen Stolpersteine.

Rubriken

Kultur 15
Rechtliches 16

Editorial

Wie die regelmässigen und vielleicht langjährigen Leser*innen wohl bereits bemerkt haben, hinken wir immer mehr mit der Herausgabe der Zeitung hinterher. Dies ist nicht zufällig: Seit Beginn der Pandemie haben wir alle Hände voll zu tun. Wir hoffen, ihr nehmt es uns nicht übel, dass wir Gewerkschaftsarbeit über die Herausgabe der Schwarzen Chatz stellen.

Gleichzeitig sind wir auch damit beschäftigt, die neuen Strukturen der FAU Schweiz herauszuarbeiten und die wachsenden Mitglieder zu vernetzen und einzubinden. Wir begrüssen die Freie Arbeiter*innen Jugend FAJ als Teil der FAU Schweiz (mehr zu ihnen in „Von der Bezugsgruppe zur Jugendgewerkschaft“).

Nebst verschiedenen kleineren Sachen und der Unterstützung von Einzelfällen geht die Mobilisierung im Gesundheitssektor voran. Wir merken, dass der Unmut in diesem Sektor langsam eine kritische Phase erreicht. Dabei scheint der Streik am Unispital in Lausanne nur die Spitze des Eisbergs zu sein.

Mit den Reiniger*innen in der Biogen-Fabrik Luterbach nahe Solothurn stehen wir im grössten Arbeitskampf bisher. Natürlich standen wir und unsere Partner*innen (IWW, Reinigungskollektiv, Cigno Nero) schon seit längerem mit ihnen im Austausch, doch richtig öffentlich wurde die Geschichte Ende Juni. Dabei waren wir auf viele Arten des Union Busting vorbereitet. Was wir nicht erwartet hatten:

1. Dass Enzler/Biogen von sich aus die Unia vorschoben würde, um uns aus dem Arbeitskampf zu drängen
2. Dass die Unia dort mitmachen würde! Aber so was passiert eben, wenn eine Riege von Funktionär*innen das Sagen haben und nicht die Arbeiter*innen selbst. So zeigt sich nochmals, wie wichtig Basisgewerkschaften sind und wie gefährlich die Sozialpartnerschaft für uns ist.

Kämpferisch
eure Fauistas

Enzler Biogen

(von Seite 1)

nach dem Interview kam dann die Freistellung. Die Begründung CBRE's: Der Kunde - also Biogen selbst - wolle ihn nicht mehr auf dem Gelände. Nach ein paar Tagen kam es dann zu einem Mitarbeitergespräch - und dort zur definitiven Kündigung. Auch dort kam es nur zu mündlichen Begründungen, in denen jedoch explizit das Interview mit 20 Minuten¹ als Grund genannt wurde. An dieser Begründung sind zwei Sachen heikel: Unser Mitglied hat in diesem Interview nur seine Rechte als Arbeiter wahrgenommen. Zweitens war im Interview der Arbeiter als „ehemaliger Mitarbeiter, Enzler“ betitelt. Die Masche, dass er schlecht über den eigenen Betrieb geredet habe, zieht hier also nicht. Er arbeitet(e)

ten: Denn die Unia wurde sogar von Enzler selbst eingeladen sich vorzustellen.

Union Busting mithilfe der Unia

Während CBRE, Enzler und Biogen Druck auf unsere Mitglieder und Sympathisant*innen ausüben und uns den Zugang verwehren, spielt die Unia das Spiel der Bosse noch mit. Enzler hatte die Unia eingeladen, bei obligatorischen Versammlungen zu den Arbeiter*innen zu sprechen. Diese zögerte deshalb keine Sekunde, dem Hilferuf des Arbeitgebers nachzukommen. Sprich: Die „Gewerkschaft“ sah kein Problem darin, die Einladung jenes Arbeitgebers anzunehmen, welcher gleichzeitig versucht, Gewerkschafter*innen mundtot zu machen. In einer für die Arbeiter*innen



Solidaritätsdemonstration am 10. Juli in Solothurn.

bei CBRE, nicht mehr bei Enzler. Dies ist also eher eine Taktik, sich unliebsamer - da wehrhafter - Arbeiter*innen zu entledigen. Damit konfrontiert hat CBRE mittlerweile mitgeteilt, dass sie nur noch über ihre Anwältin mit uns kommunizieren.

Begleitung verwehrt

Natürlich kam es auch sonst zu ganz „normalen“ Mitarbeiter*innengesprächen, nachdem das ganze an die Medien gelangte und der Druck auf Enzler wuchs. Wir hätten die Arbeiter*innen gerne begleitet, da uns klar war, dass dies keine „normalen“ Standortgespräche sein würden. Doch sowohl Enzler wie auch CBRE hatten klar gemacht, dass Biogen keine Gewerkschaften auf dem Gelände wolle. Präziser ist: Keine BASISgewerkschaften.

¹ Das Interview findet ihr hier: <https://www.20min.ch/video/verpruegelt-weil-er-schwul-ist-821872726707>

surrealen Übung führte der Arbeitgeber die Unia als unumgänglichen Partner, als „offizielle Gewerkschaft“ ein. Die Unia präsentierte sich daraufhin den Arbeiter*innen als unverzichtbare Gewerkschaft, lobte die Sozialpartnerschaft und sagte obendrein, dass die wichtigste Aktion der Gewerkschaft im Reinigungssektor der Gesamtarbeitsvertrag (GAV) sei. Doch die Strategie, sich ein Mandat von den Arbeiter*innen zu erschleichen, ging nicht auf: An die darauffolgenden „Betriebsversammlungen“ kamen gerade mal eine Handvoll Arbeiter*innen.

Ein ziemlich wertloser GAV

Doch dieser GAV ist das Papier nicht wert, auf dem er gedruckt ist: Er ist ein Hauptgrund für die prekäre Situation der Reinigungskräfte. Die Unia betont zwar, dass die Löhne dank dem GAV gestiegen sind, und

sie sind sicher besser als die Hungerlöhne, die vorher üblich waren. Die GAV-Löhne sind aber immer noch tiefer als der Mindestlohn, den die Unia selbst fordert. Dieser GAV enthält ausserdem keinen Schutz für die Arbeiter*innen. Die Schwäche dieses GAV, auf den die Unia so stolz zu sein scheint, ist der Kern des Systems der Ausbeutung und Prekarisierung der Reinigungskräfte. Ein Beispiel dafür ist, dass dieser GAV nicht einmal vorsieht, dass die Zeitpläne den Arbeiter*innen im Voraus mitgeteilt werden! Die ausbezahlten Löhne sind auch deswegen immer noch sehr niedrig, weil die meisten Arbeiter*innen im Stundenlohn arbeiten und keine garantierte Wochenarbeitszeit haben.

Erste Erfolge gibt es auch ohne Verhandlungen

Auch wenn sich Biogen noch weigert, sich mit einer Delegation von uns zu treffen, gab es bereits erste Erfolge. So wurde eine nicht gerade geringe Lohnerhöhung



Schon Ende April hingen Transparente vor der Firma, welche auf die miesen Arbeitsbedingungen hinwies. Dass die Vorwürfe neu seien, stimmt also nicht

von 1,50 CHF pro Stunde angekündigt - welche wie es Enzler ausdrückt schon lange vorher geplant war und nur rein zufällig gerade jetzt kommt. Weiter kam es zu kleineren Anpassungen des Arbeitsmaterials, wodurch die Arbeit erleichtert wurde. Zu guter Letzt: Die Benachteiligung der Reiniger*innen im Betrieb wurde nun offiziell beendet. Sowohl Biogen wie auch Enzler haben zugesichert, dass die Arbeiter*innen Zugang zu Toiletten, Wasserstellen und Cafeteria hätten.

Verhandlungen nur mit Biogen

Die Reinigungskräfte haben uns ein Mandat erteilt, sich in einem ersten Schritt mit Biogen zu treffen, weil sie die Nase voll haben von diesem Durcheinander,

in welchem sich die beteiligten Firmen, das Subunternehmen Enzler, die Auftragsgeberin Biogen und CBRE jedesmal die Verantwortung zuschieben, wenn die Arbeiter*innen ein Anliegen haben.

Die Arbeiter*innen wollen Biogen auch treffen, weil sie sich von diesen juristischen Gebilden nichts vormachen lassen: In einem Industriegelände mit Dutzenden Überwachungs- und Sicherheitsmassnahmen glaubt niemand daran, dass dort etwas ausserhalb der Kontrolle von Biogen passiert. Die Arbeiter*innen sind überzeugt, dass alles, was bei Enzler passiert, mit dem Einverständnis von Biogen geschieht. Der Konflikt besteht nicht, wie Biogen uns glauben machen will, mit Enzler allein, sondern mit Biogen und Enzler. Biogen weigerte sich, sich mit uns zu treffen, mit dem Argument, dass der Konflikt ausschliesslich mit seinem Subunternehmer Enzler besteht. Und doch ist es Biogen, welches Zugangsverbote ausspricht und hintendurch die Entlassung unseres Genossen veranlasst hat.

Wir werden uns durch die Manöver von Biogen, Enzler, CBRE und Unia nicht einschüchtern lassen. Wir werden weiter kämpfen. Biogen muss sich bereit erklären, eine Delegation des Reinigungskollektivs, der FAU und der IWW zu empfangen und Verhandlungen aufzunehmen. Denn der Kampf der Enzler-Reiniger*innen hat gerade erst begonnen! Und trotz ersten Verbesserungen, bleibt die Liste der Forderungen immer noch lange und der Unmut gross. Das ändert auch die Repression gegen uns und die Arbeiter*innen nicht. Im Gegenteil.

Reinigungskollektiv, FAU, IWW

Auf dem Laufenden bleiben? Folge uns auf Instagram, Facebook oder Twitter.

Forderungen der Enzler-Arbeiter*innen

1. Erhöhung der Monatslöhne!
2. Sicherheit
 - Nie alleine arbeiten
 - ~~Der betriebsärztliche Dienst von Biogen muss auch den Enzler-Arbeiter*innen offen stehen~~
 - Sichere, das heisst bessere Schutzausrüstung gegen Chemikalien
3. Einsatzpläne müssen einen Monat vor dem jeweils ersten Einsatz bekannt sein!
4. Minimum 2 komplette Wochenenden pro Monat frei!
5. Der Arbeitsdruck ist zu hoch, es braucht mehr Personal!
 - Genug, also mehr, Personal in jeder Kategorie
 - Neuanstellungen werden zuerst in der tieferen Kategorie gesucht (z.B. freie Stelle in Spezialreinigung wird mit Person aus GMB besetzt), dann erst extern besetzt
6. Keine Trennung mehr zwischen Personal von Enzler und Biogen!
 - ~~Enzler-Arbeiter*innen dürfen Cafeteria von Biogen benutzen~~
 - ~~Toiletten von Biogen müssen auch für alle Enzler-Arbeiter*innen offen sein~~
 - ~~Alle Wasserstellen sind für alle Enzler-Arbeiter*innen benutzbar~~
7. Stempelung der Arbeitszeit am Gebäudeeingang! Umkleidezeit gehört zur Arbeitszeit!
8. Schwere Arbeiten
 - Maximal 1 Stunde, danach Wechsel
 - Masken maximal 2 Stunden tragen, danach Pause
9. Mehr Ruhezeit!
 - Zwischen zwei Schichten muss die Ruhezeit 11 Stunden betragen (einmal pro Monat kann sie auf 8 Stunden reduziert werden, wenn der Monatsdurchschnitt mindestens 11 Stunden beträgt)
10. 42 Stunden pro Woche müssen garantiert sein!
11. Essensgeld für jede*n, der mehr als 6 Stunden arbeitet!
12. Zuschlag für Sonntagsarbeit
13. Kein Outsourcing mehr! Enzler-Arbeiter*innen werden direkt bei Biogen angestellt

Rückblick Generalversammlung

Die Generalversammlung der FAU Mitte Mai war sehr erfreulich und gut besucht. Wir danken allen Teilnehmenden für euren Einsatz! Wir versuchen hier einen kurzen Abriss der Beschlüsse zu geben.

Gründung der Freien Arbeiter*innen Jugend FAJ

Schon länger war die FAJ ein Thema. Nun hat sich die FAJ offiziell gegründet. Momentan ist sie in der Region Ostschweiz aktiv und noch stark mit dem Aufbau beschäftigt. Die FAJ ist strategisch unabhängig und autonom in ihren Entscheidungen. Jedoch sind die FAJ und ihre Mitglieder Teil der FAU Schweiz.

Kontaktieren könnt ihr sie entweder über faj@mail.ch oder über ihren Instagram-Account: [@faj.union](https://www.instagram.com/faj.union)

Einen Beitrag zur FAJ findet ihr unter „Von der Bezugsgruppe zur Jugendgewerkschaft“.

Die FAU Schweiz als Föderation

Was sich schon seit einem Jahr abgezeichnet hat, ist nun offiziell. An der GV wurde die FAU vergrößert. Wir sind nun nicht mehr nur die FAU Bern, sondern die FAU Schweiz.

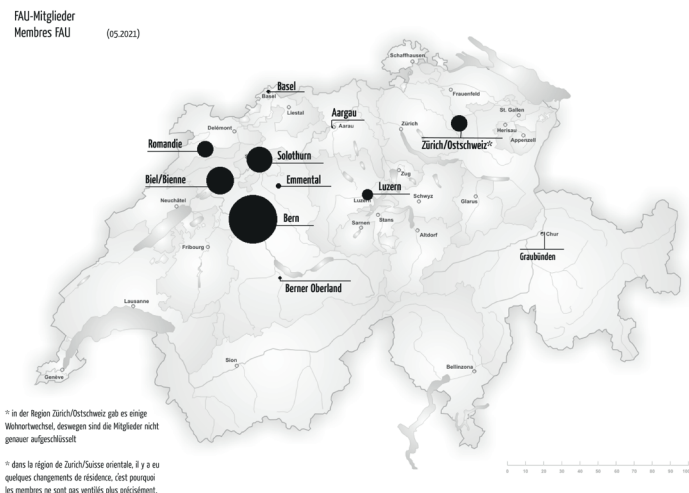
Schrittweise soll die momentan noch zentrale Rolle der FAU Bern verkleinert und auf andere Regionen verteilt werden. Als wichtiges Ziel haben wir uns die Gründung vier Regionen gesetzt:

- **MITTE** (Bern, Solothurn, Basel, Wallis, Fribourg)
- **INNERSCHWEIZ** (Luzern, Zug, Unterwalden, Schwyz, Uri, Tessin)
- **ROMANDIE** französischsprachige Schweiz
- **OST** (Zürich, Aargau, Thurgau, St. Gallen, Graubünden, Appenzell, Glarus, Schaffhausen)

Bisher gibt es zwei Regionen, die aktive Syndikate haben: Die Region Mitte mit der ursprünglichen FAU Bern, sowie die Region OST mit der neu gegründeten Freien Arbeiter*innen Jugend FAJ, die sich momentan von Zürich bis St. Gallen erstreckt. Menschen aus der Innerschweiz sind zudem im Branchensyndikat GPSoz Pflege aktiv.

Aktivierung von (Neu-)Mitgliedern

Bisher hatten wir eher Schwierigkeiten, neue Leute, die nicht durch persönliche Kontakte in die Gewerkschaft kamen, in



Verteilung der Mitglieder. Seit der Erstellung der Grafik Mitte Mai sind vor allem Luzern, Romandie und die Ostschweiz nochmals gewachsen.

den Gewerkschaftsaktivismus einzuführen. Andererseits fehlt auch einfach das Selbstvertrauen und Wissen, sich aktiv in laufende Arbeitskämpfe einzuschalten oder diese im eigenen Betrieb gar anzustossen. Dies möchten wir ändern, indem wir in Zukunft verschiedene Workshops zu Organizing, Arbeitsrecht etc. anbieten wollen.

Gleichzeitig wollen wir die Infrastruktur zugänglicher machen für Neumitglieder und auch den Austausch zwischen den Mitgliedern stärken.

Wir merken auch, dass das Medium Mail langsam, aber sicher überholt ist.

Zweisprachigkeit

Ein weiteres Ziel ist die Zweisprachigkeit: Wir haben mehrere französischsprachige Mitglieder. Daher möchten wir immer mehr grundsätzliche Texte auf französisch übersetzen. Einen grundsätzlichen Teil haben wir auf der Homepage bereits übersetzt. Eine Übersetzung des deutschen Namens auf französisch wurde von den Teilnehmer*innen aus der Romandie nicht als sinnvoll angesehen, da die Abkürzung „FAU“ dort bereits etabliert ist. Stattdessen soll der Name in der Romandie offiziell „FAU - Syndicat de base“ heissen.

Branchensyndikate

Aktuell haben wir fünf aktive Branchensyndikate:

- **BHL:** Bau, Holz, Landschaftsgärtnerei
- **Gastro:** Gastronomie, Hotellerie
- **GPSoz:** Gesundheit, Pflege, Soziales
- **BSD:** Bildung, Studium, Dokumentation
- **RU:** Reinigung und Unterhalt

Davon ist GPSoz die mit Abstand grösste Branche und nebst der Reinigung auch die aktivste Branche. Neu werden alle anderen im allgemeinen Syndikat IPRO untergebracht. Der Job wird bei Neumitgliedern weiterhin erhoben, um die Möglichkeit zu Branchensyndikaten zu erkennen.

Prekarifonds

Der Prekarifonds soll bei finanziellen Engpässen kurzfristig aushelfen. Dieser wurde nun an der GV offiziell bestätigt. Der Vorstand muss zu 75% aus Mitgliedern der FAU bestehen.

Revue de l'assemblée générale

L'Assemblée générale de la FAU a été très agréable et bien suivie. Nous remercions toutes celles et tous ceux qui y ont participé pour leurs efforts !

Résumé

- Lors de l'AG, la Jeunesse Ouvrière Libre („Freie Arbeiter*innen Jugend“) FAJ et la FAU Suisse ont été officiellement fondées.
- Objectif : Création de quatre régions, dont deux disposent déjà de syndicats indépendants.
- Le nom en français : „FAU - Syndicat de base“.
- La participation des (nouvelles/nouveaux) membres doit être améliorée. Ateliers en planification. L'infrastructure sera rendue plus conviviale pour les débutants
- Il y a actuellement cinq syndicats de branche actifs.

Fondation de la Jeunesse Ouvrière Libre FAJ

La „Freie Arbeiter*innen Jugend“ FAJ est un sujet depuis longtemps. Maintenant, la FAJ a été officiellement fondée. Elle est actuellement active dans la région de la Suisse orientale et continue de se développer. La FAJ est stratégiquement indépendante et autonome dans ses décisions. Cependant, la FAJ et ses membres font partie de la FAU Suisse.

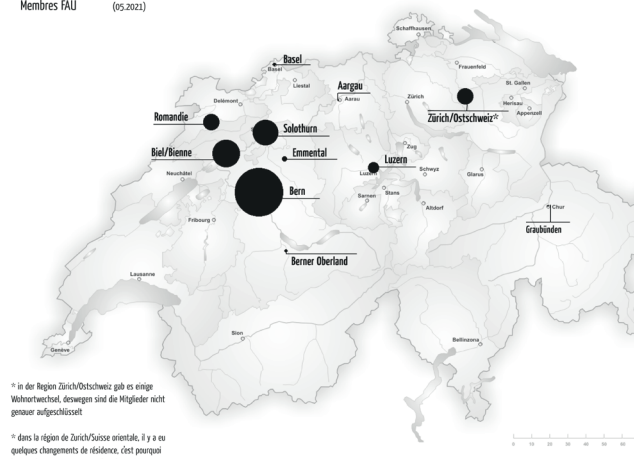
FAU Suisse en tant que fédération

Ce qui se préparait depuis un an est désormais officiel. Lors de l'AG, la FAU a été élargie. Nous ne sommes plus seulement FAU Berne, mais FAU Suisse.

Petit à petit, le rôle central de la FAU de Berne sera réduit et distribué à d'autres régions. Comme objectif important, nous nous sommes fixés la fondation de quatre régions :

- **CENTRE:** Berne, Soleure, Bâle, Valais, Fribourg
- **SUISSE CENTRALE:** Lucerne, Zoug, Unterwald, Schwyz, Uri, Ticino
- **ROMANDIE:** Suisse romande

FAU-Mitglieder
Membres FAU (05.2022)



Distribution des membres. Le nombre des Membres à Lucerne, la Romandie et Est, a particulièrement augmenté depuis la création de ce graphique.

- **EST:** Zurich, Argovie, Thurgovie, Saint-Gall, Grisons, Appenzell, Glaris, Schaffhouse

Jusqu'à présent, deux régions ont des syndicats actifs : la région CENTRE avec la FAU Bern originale, et la région EST avec la Freie Arbeiter*innen Jugend FAJ nouvellement fondée, qui s'étend de Zurich à St-Gall. Des personnes de Suisse centrale sont également actives dans le syndicat du secteur des soins.

Accueil des (nouvelles/nouveaux) membres

Jusqu'à présent, nous avons plutôt des difficultés à introduire de nouvelles personnes, qui ne sont pas entrées dans le syndicat par des contacts personnels, dans le militantisme syndical. D'autre part, il y a simplement un manque de confiance en soi et de connaissances pour s'impliquer activement dans les conflits du travail en cours ou même pour les initier dans sa propre entreprise. Nous voulons changer cela en proposant à l'avenir différents ateliers sur l'organisation, le droit du travail, etc.

En même temps, nous voulons rendre l'infrastructure plus accessible aux nouvelles/nouveaux membres et renforcer les échanges entre les membres.

Bilinguisme

Un autre objectif est le bilinguisme : nous avons plusieurs membres francophones. C'est pourquoi nous souhaitons traduire de plus en plus de textes de base en français. Nous avons déjà traduit une partie de base importante du site internet. Une traduction du nom allemand en français n'a pas été jugée utile par les participants de Suisse romande, car l'abréviation „FAU“ y est déjà établie. Au lieu de cela, le nom en Suisse romande devrait être officiellement „FAU - Syndicat de base“.

Syndicats de secteur

Le graphique montre la distribution des membres par secteur. Le secteur de la santé, des soins et du travail social est le plus fortement représenté - et aussi le plus actif avec la campagne sur les soins.

Nous avons actuellement cinq syndicats sectoriels actifs :

- BHL/CBP : Construction, bois, paysagisme
- Gastro : gastronomie, hôtellerie
- GPSoz/SSS : Santé, soins, travail social
- BSD/FED : Formation, études, documentation
- RU : nettoyage et entretien

Toutes les autres personnes sont désormais incluses dans le syndicat général IPRO. Les détails de métier continueront d'être recueillis auprès des nouvelles/nouveaux membres afin d'identifier les éventuels syndicats sectoriels.

Prekarifonds

Le Prekarifonds, Le fonds de précarité, est destiné à apporter une aide à court terme en cas de goulots d'étranglement financiers. Cela a maintenant été officiellement confirmé lors de l'AG. Le conseil d'administration doit être composé de 75 % de membres de la FAU.

Von der Bezugsgruppe zur Jugendgewerkschaft

An der diesjährigen Generalversammlung hat sich die Freie Arbeiter:innen Jugend FAJ formell als Sektion der FAU gegründet. Trotz der positiven Rückmeldungen aus der linksradikalen Szene steckt die frische Jugendgewerkschaft jetzt schon in mehreren Spannungsfeldern fest. Es handelt sich dabei um Herausforderungen, welche die FAJ noch lange begleiten werden und (sofern überwunden) das Potential der gesamten FAU massgeblich entfalten könnten.

RJZ, RJBW, AKABW – Es gibt eine ganze Stange an linken Bewegungen, deren Kürzel immer auf dieselben Ideen zurückgreifen. Manchmal ein „Bündnis“ manchmal eine „Plattform“, ganz häufig eine „Aktion“ oder eine „Jugend“. Grundsätzlich wichtig ist es dabei, seine ausserparlamentarische und kämpferische Seite zu zeigen: „revolutionär“, „rot“ und „antikapitalistisch“ gehören da zu den beliebtesten Begriffen. Unter diesen Gruppen befindet sich auch die Freie Arbeiter:innen Jugend FAJ, die wohl marketingtechnisch besser „revolutionär-antikapitalistisches Gewerkschaftsjugendbündnis mit basisdemokratischer Charakteristik RAGJBBDC“ heissen würde. Doch so heisst sie nicht – und das ist nicht ihr einziger Unterschied zu dem farbigen Haufen unkoordinierter Lokalanarchist:innen.

Gewerkschaft als Konzept

Unter ihrer Fahne verbindet die FAJ zurzeit plus/minus fünfzehn aktive Mitglieder. Die meisten von ihnen haben sich zuvor noch nie aktivistisch organisiert. Dafür ist die Gruppe divers: gebürtige Schweizer:innen treffen auf „frische“ Migrant:innen, Bullshitjobarbeiter:innen auf Philosophiestudent:innen. Was sie verbindet, ist mehr als nur die Sympathie für umstürzlerisches Gedankengut. Es geht ihnen um die strategische Verteidigung ihrer (Arbeits-)Rechte.

Dieser gewerkschaftliche Ansatz hebt sich von der Bezugsgruppenlogik anderer linksradikaler Jugendgruppierungen deutlich ab und macht die FAJ gleichzeitig zu einem interessanten Angebot für nicht direkt anarch@-syndikalistische Ju-

gendliche. Genau aus diesem Grund heisst die frische Jugendgewerkschaft auch nicht ASJ (Anarch@-syndikalistische Jugend, analog zu FAU-Jugend in DE/AT): Ziel ist eine selbstorganisierte Interessengemeinschaft junger Arbeiter:innen, nicht ein schwarz-roter Ideenverein.

Zwischen Massentauglichkeit und Ideologie

Damit steckt die FAJ in einem Spannungsfeld: Viele junge Anarch@s fühlen sich vom Konzept angesprochen, schieben die FAJ mit ihrem Beitritt jedoch au-

aber auch grosses Wachstumspotential ermöglicht. Ergo, die Gewerkschaftsarbeit mit Bewegungscharakter würzen.

Gewerkschaftsarbeit sexy machen

Im Endeffekt kommt die Idee des experimentellen Praxisbezugs gut an. „Endlich mal eine anarchistische Instagram-Page, die nicht total Cringe ist“ ist in den Instagram-Kommentaren der FAJ beispielsweise zu lesen. Diese Gefühlslage lässt sich jedoch nur wahrnehmen, wenn die FAJ weiterhin ihren Spagat zwischen radikaler Selbstorganisation und Massentaug-



Mitglieder der FAJ am diesjährigen Strike4Future in Zürich.

tomatisch in die Richtung einer subkulturellen Bezugsgruppe. Diese Problematik ist bei der FAU an sich nichts neues, kristallisiert sich für die Jugendgewerkschaft jedoch besonders stark heraus.

Eines ist klar: Als Kleinst- und Richtungs-gewerkschaft kann die FAU Schweiz nicht wirklich einen substanziellen Teil zum Klassenkampf beitragen. Doch als Dachorganisation fehlt ihr ohnehin die Bewegungsfreiheit, sich auf strukturelle Experimente einzulassen. Anders sieht dies bei der FAJ aus: Sie könnte als „Innovationshub“ (wie der moderne, Elon-Musk-verehrende BWL-Student vermutlich sagen würde) für die gesamte FAU dienen. Ihre niederschweligen Entscheidungsprozesse könnten mit praxisorientiertem Experimentieren ein Organisationsmodell kreieren, das selbstorganisiert und kapitalismuskritisch ist, gleichzeitig

lichkeit ausbaut. Die Mitglieder der FAJ bekommen häufig Interessenanfragen von Jugendlichen, welche die Worte „Gewerkschaft“ und „Syndikalismus“ bis anhin maximal mal in einer SRF-Doku gehört haben. Diese Tendenz gilt es beizubehalten – und gleichzeitig den Flickenteppich an autonomen Jugendgruppen gewerkschaftlich zu organisieren.

Lauro

Kontakt zur FAJ

Instagram: @faj.union

Mail: faj@mail.ch

Mitglied werden? Nimm Kontakt auf und melde dich danach über die Homepage der FAU (www.FAUnion.ch) Schweiz an.

(Nicht) zurück zu miesen Arbeitsbedingungen

Nach einer langen Betriebsschliessung sind die Gastro-Betriebe wieder vollständig offen. Doch stossen sie auf ein weiteres Problem: Ihnen fehlen die Arbeiter*innen! Das ist kein Wunder, denn die Arbeitsbedingungen waren schon vor der Krise mies. Mit der Krise sind sie nicht besser geworden. Viele Leute sind nun abgesprungen und der Branche fehlen die Arbeiter*innen.

Es war ein turbulentes Jahr für die Gastronomie. Wir sind uns in dieser Branche gewohnt, stets flexibel zu bleiben, doch diese Pandemie hat uns vieles abgefordert. Durch den ständigen Wechsel der Massnahmen haben viele den Überblick verloren, welche in der Gastronomie nun gelten, welche schon wieder aufgehoben wurden und welche neu dazu gekommen sind. Die Branche brennt, und wir Arbeiter*innen sind die ersten, die ins Feuer geschickt werden. Das Betriebsrisiko wird immer wieder auf uns abgewälzt.

Terassenöffnung verschlimmerte die Lage nochmals

Die Terrassenöffnung führte zum Beispiel dazu, dass die Arbeitsbedingungen noch prekärer wurden. Arbeiter*innen wussten zum Teil oft erst am gleichen Tag, ob und wie viel sie arbeiten konnten, da die Branche nun komplett vom Wetter abhängig war. Die Betriebe wurden staatlich unterstützt in dieser unsicheren Lage. Aber wir Arbeiter*innen können schauen, wo wir bleiben. Auch das ist typisch für den Umgang mit uns Arbeiter*innen in dieser Krise.

Ein Jahr der Unsicherheit

Unsicherheiten prägen nun schon seit über einem Jahr das Leben der Gastro-Arbeiter*innen. Angst ist eine ständige Begleiterin. Haben wir im Herbst noch

eine Arbeitsstelle? Und wie soll ich mit so wenig Geld überleben? Das Trinkgeld, das grob gerechnet einen Fünftel unseres Lohnes ausmacht, ist während den Schliessungen komplett weggebrochen. In dieser Zeit kriegten viele von uns nur 80% des Lohnes. Denn trotz den grossen Ankündigungen des Parlaments Mitte Dezember, dass die Gastronomie 100% Kurzarbeitsentschädigung kriegen würde, war dies schlicht nicht der Fall: Menschen im Monatslohn kriegten gerade mal 91%. Die Stundenlöhner*innen, die einen Grossteil der Branche ausmachen,



Kaum noch Einschränkungen: Bis auf die Abstände zwischen den Tischen und seltene Maskenpflicht sind fast alle Massnahmen aufgehoben. Doch für den Neustart fehlte nun das Personal.

kriegten gerade mal 81%, und dies wohlgermerkt nur, falls wir zum beschissenen Mindestlohn arbeiten müssen. Spätestens da sollten alle gemerkt haben, dass sich die Politik nicht für uns einsetzen wird. Gleiches gilt für den SGB: Denn der rühmt sich immer noch, dass diese Verarsche auf Druck der Systemgewerkschaften geschehen sei! Entweder haben diese Leute keine Ahnung, wie das ganze umgesetzt wurde, oder es ist ihnen egal.

Ein weit verbreitetes Übel in der Branche ist, dass wir kaum geregelt Einkommen und geregelte Arbeitszeit haben. Ein Grossteil der Verträge wird immer noch auf Abruf abgeschlossen. Das heisst, dass wir keine garantierte Stundenanzahl pro Monat haben, damit haben wir auch keine finanzielle Sicherheit. Diese sogenannten Null-Stunden-Verträge haben sich in dieser Krise nun massiv gerächt.

Gerade zu Beginn der Pandemie warteten viele von uns Monate auf den Lohn. Die Ämter wussten nicht, wie mit uns Menschen auf Abruf umgehen, die komplizierte Berechnung verzögerte die Zahlungen nochmals. Viele, die sich ohnehin schon von Monat zu Monat hangelten, standen ohne Einkommen dar.

Es ist auch für unsere Branche eine schwere Zeit. Doch selbst wenn diese Pandemie vorbei sein sollte und alles wieder normal wird in unserer Branche, dann bleiben noch viele Baustellen und viele Ungerechtigkeiten. Die Gastronomie ist sonst schon ein schwieriges Pflaster: Wir arbeiten früh, wir arbeiten spät, wir arbeiten im Schichtbetrieb und vielleicht auch gar nicht. Schon vor der Pandemie waren wir geplagt von unsicheren Schichten, kurzfristigen Zu- oder Absagen für Arbeit und einem miesen Lohn.

Leute springen ab

Seit der Wiedereröffnung beschwerten sich

Chef*innen und ihre Verbände darüber, dass Personal nun schwer zu finden sei. Kein Wunder! Die Branche hat sich nicht gerade mit Solidarität bekleckert in dieser Krise. Im März 2020 fing es mit den grossen Entlassungen an. Auf den Herbst hin ging es dann nochmals los mit Leuten rauschmeissen, und dies obschon viele Anspruch auf Kurzarbeit gehabt hätten. Mit dem familiären Zusammenhalt steht es also nicht allzu gut. Mit all diesen miesen Arbeitsbedingungen ist es kein Wunder, dass sich die Leute andere Jobs gesucht und der Branche den Rücken gekehrt haben. Gleichzeitig scheint die Branche nichts gelernt zu haben: Viele der neu ausgeschriebenen Stellen sind wieder auf Stundenbasis, also jener Arbeitsform, die mit Kurzarbeit zu so vielen Problemen führte. Und wenn es sich um Arbeit

(Fortsetzung auf Seite 8)

Gastronomie

(von Seite 7)

auf Abruf handelt, dann können die neu eingestellten Arbeiter*innen auch die Kurzarbeit vergessen.

Eine Branche getrimmt auf Ausbeutung

Hinzu kommt, dass rassistische und sexistische Strukturen auch in unserer Branche schamlos ausgenutzt werden. Sexuelle Belästigungen am Arbeitsplatz liegen an der Tagesordnung. Und nur die wenigsten Betriebe stärken Betroffenen den Rücken. Besonders wenn es im Team zu Übergriffen kommt, wird dies oft totgeschwiegen. Oder es läuft so wie im Unternehmen Mitte in Basel: Nicht etwa der übergriffige Koch wurde entlassen, sondern die Betroffene Person und ihre Unterstützer*innen¹. Diese Sauerei muss aufhören.

Gleiches gilt für die Ausbeutung von Menschen ohne Schweizer Pass. Zu oft werden diese Arbeiter*innen unter Druck gesetzt, schlecht bezahlt und betrogen. All dies wird ermöglicht durch rassistische Gesetze und Strukturen in unserer Gesellschaft. Dieses rassistische System muss aufhören. Alle Arbeiter*innen verdienen Respekt, gute Arbeitsbedingungen und einen fairen Lohn, unabhängig vom Aufenthaltsstatus oder dem Geschlecht.

Auf Hilfe kannst du lange warten...

Es gibt verschiedene Probleme, welche z.T. auch über die Gastronomie hinaus gehen. Wer hilft uns also in dieser Situation? Bei der Kurzarbeit sind wir den Chef*innen ausgeliefert. Anfragen zu Kurzarbeit werden von den Ämtern nicht beantwortet, wir wissen ja zum Teil nicht mal, bei welcher Kasse unser Betrieb abrechnet! Den Arbeitslosenkassen sind wir ein Dorn im Auge, jeder Rappen, der an uns geht, ist ihnen einer zu viel. Sei dies nun Arbeitslosengeld oder Kurzarbeitsentschädigung.

¹ Weitere Infos zu diesem Arbeitskampf findet ihr auf den Seiten der Interprofessionellen Gewerkschaft der ArbeiterInnen IGA: <https://www.facebook.com/IGAbasel/> oder <http://www.viavia.ch/iga/>

Der Bundesrat und die Ämter interessieren sich in der Krise für die Betriebe, aber nicht für uns Arbeiter*innen. Das Parlament stellte sich wie erwähnt im Dezember als Retterin der Gastro-Arbeiter*innen dar und speiste uns mit einem Prozent mehr Lohn ab – bei einer Lohneinbusse von mehr als 40 Prozent, weil das Trinkgeld ausfiel. Weder Staat noch Parlament werden uns also helfen, denn sie haben es schon vor der Krise nicht getan.

Vielleicht helfen uns ja die Betriebe? Jene Betriebe, die immer lauthals erklären, dass wir als Team doch eine Familie sind? Bis auf wenige Ausnahmen haben die Betriebe in dieser Krise im besten Fall weggeschaut. Trotz der Kurzarbeit sind massive Entlassungswellen über die Branche gezo-

scheitert. Der Gesamtarbeitsvertrag in der Gastronomie ist ohnehin schon schwach, eingehalten wird er selten. Er hat den Chefs und den Funktionär*innen der Systemgewerkschaften geholfen, nicht aber uns Arbeiter*innen. Die grossen Systemgewerkschaften begnügen sich damit, ab und an Petitionen zu lancieren und ihre Leute ins Parlament zu hieven. Die Basis, also die Arbeiter*innen haben sie seit Jahren vernachlässigt – und brüsten sich nun mit der Verlängerung eines miesen GAVs und den 100% 81% Kurzarbeit. Wir brauchen Basisgewerkschaften, die von uns Mitgliedern geführt werden. Denn wir Arbeiter*innen wissen selbst am besten, wo die Probleme liegen und was wir wollen. Diese Krise hat gezeigt, dass für die Mächtigen das Wort Solidarität eine leere Phrase ist. Dagegen halten wir echte Solidarität von unten!

Genug gebettelt

In Zeiten, wo die Armen massiv ärmer werden und die reichsten noch an der Krise verdienen, gibt es nur noch die Verteidigung der Arbeiter*innenklasse und aller anderen Unterdrückten. Wir bitten nicht mehr um ein gutes Leben, wir fordern es ein!

Wer Menschen bedient hat Besseres verdient!

Arbeitende in der Gastronomie sind mit vielen Problemen konfrontiert. Wehren wir uns!

faunion.ch/gastronomie

FAU Die Basisgewerkschaft

gen. Die undurchsichtigen Kurzarbeitsgelder sind zum Teil zurückgehalten oder gar nie beantragt worden, weil es zu viel Aufwand war. Wir sitzen vielleicht im gleichen Sturm wie unsere Chefs, aber ganz sicher nicht im gleichen Boot.

Der Staat wird uns also nicht helfen. Unsere Chefs werden uns nicht helfen. Die einzigen, die etwas machen können, sind wir Arbeiter*innen selbst. Denn alle diese Probleme sind nicht unsere persönlichen Probleme, sie sind strukturell bedingt. Und dies gilt nicht nur für die Gastronomie.

Wir können uns nur selbst helfen

Für einen Grossteil unserer Probleme kann Solidarität in Form kämpferischer Gewerkschaften helfen. Die Sozialpartnerschaft wie sie der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB vormacht, ist ge-

- 100% Kurzarbeitsgelder für Löhne bis 4500, und das rückwirkend.
- Ein Ende der Ausbeutung auf Abruf: Wir fordern das Ende von Nullstunden-Verträgen. Wir wollen Sicherheit, wann und wie viel wir arbeiten können und somit wie viel wir verdienen!
- Unterstützung für alle, auch für die unzähligen Sans-Papiers, die nicht nur in der Gastronomie arbeiten und gearbeitet haben.
- Wir fordern einen menschlichen Umgang auf den Arbeitslosen- und Sozialämtern, denn viele unserer Genoss*innen sind ihnen ausgeliefert!
- Besserer Schutz von gewerkschaftlichen Aktivist*innen!

All dies werden wir nicht geschenkt bekommen, sondern müssen wir uns erkämpfen. Dies schaffen wir nur zusammen. Denn allein machen sie dich ein!

FAU Gastro

Offene Kündigung der Unia-Mitgliedschaft

An den Vorstand der Unia Sektion Bern

Kündigung der Mitgliedschaft

Wir möchten die Mitgliedschaft in der Unia per Ende 2021 künden. Wir sind Ursin D. und Christoph B. Wir sind beide Vertrauensleute bei der Unia Sektion Region Bern.

Wir würden am liebsten per sofort aus der Unia austreten, doch die Mitgliedsbestimmungen der Unia sind ähnlich strikt wie bei Krankenkassen und Handyverträgen. Wer nicht rechtzeitig kündigt und die Mitgliederbeiträge nicht bezahlt, wird betrieben. Dies verschlechtert die finanzielle Situation von (Noch-)Mitgliedern in prekärer finanzieller Lage weiter. Unserer Meinung nach ist dies das Gegenteil davon, was eine Gewerkschaft sein sollte. Und das führt uns zum Kern des Problems: Wir möchten die Mitgliedschaft bei der Unia beenden, weil wir das Funktionieren dieses Molochs nicht unterstützen können.

Systematische Probleme

In unseren Augen setzt sich die Unia nicht für die Belange der Arbeiter*innen ein. Auf jeden Fall nicht zuerst. Zuerst kommen die Interessen des Apparats. Deswegen werden Gesamtarbeitsverträge abgeschlossen,

deren Mindestlöhne unter dem liegen, was die Unia selbst fordert. Deswegen wird ein System der GAV-Beiträge aufrechterhalten, das die Unia in die Abhängigkeit der Arbeitgeber*innenverbände bringt und das zu Lasten der noch nicht oder in anderen Gewerkschaften organisierten Arbeiter*innen geht. Deswegen werden säumige Mitglieder betrieben und deswegen sind das mangelnde Demokratieverständnis, schlechte Arbeitsbedingungen der Funktionär*innen in den niedrigsten Rängen (zum Beispiel Überstunden) und schlechte Arbeitsklimata (wie die Affäre Roman Burger) und Gemauschel (wie der ALK-Betrug in der Waadt) kein Zufall, sondern Folge des Systems Unia.

Wenn auf beiden Seiten des Tisches Chef*innen sitzen

Die Unia hat ein so schlechtes Verständnis davon, was eine Gewerkschaft ist, dass Arbeitgeber*innen nicht nur Mitglieder sein können, sondern sogar in Verhandlungsdelegationen auf Arbeitnehmer*innenseite einsitzen können. Das wird dann kombiniert mit Kampagnenarbeit und Lobbyarbeit in den Parlamenten, um zu vertuschen, dass Betriebsarbeit kaum mehr geleistet wird – und wenn, sind es einige wenige Funktionär*innen, die ein Dutzend Bran-

chen oder mehr gleichzeitig betreuen sollen. In dieser Situation können diese einfachen Angestellten noch so motiviert, emsig und überzeugt sein, die Arbeitsbelastung ist zu gross – und wenn sie durch die immer wieder von oben diktierten Interessen des Apparats aufgeben, dann brennen sie aus.

Lieber basisgewerkschaftlich aktiv

Aus diesem Grund sehen wir unsere Zukunft nicht in der Unia und auch nicht im Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB. Wir werden fortan unsere Energie und unseren Kampfeswillen in der Allianz der Basisgewerkschaften Syndibasa einbringen. Weil uns bewusst ist, dass dieser Brief im Unia-Apparat so gut wie niemand erreichen und keine Reaktion hervorrufen wird, werden wir ihn gleichzeitig auch veröffentlichen.

Wir danken den einfachen Funktionär*innen für ihre tägliche Sisyphusarbeit, wünschen ihnen beste Gesundheit – und vielleicht können wir in Zukunft mit der oder dem einen oder anderen wieder Seite an Seite ehrliche, kämpferische Gewerkschaftsarbeit machen.

Viele Grüsse

Ursin D., Christoph B.

Gesundheit für alle, ein Kampf von allen!

Am 23. Juni kam es im Unispital des Kantons Waadt in Lausanne zum Streik. Nach dem langen Kraftakt durch diese Pandemie reicht es nun vielen Menschen. Dies muss der Start eines umfassenden Kampfes in dieser Branche und für diese Branche sein.

Am 23. Juni kämpften die Angestellten des öffentlichen und subventionierten Gesundheitswesens ein weiteres Mal für ihre Anliegen. Die breite Öffentlichkeit ist dazu aufgerufen, mitzuhelfen. Am Abend des 23. Juni fanden Demonstrationen statt, um die Forderungen des Gesundheitspersonals zu unterstützen und ein öffentliches Gesundheitssystem zu verlangen, das auf das Gemeinwohl und die Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichtet ist.

Wofür kämpfen wir?

Die Gewerkschaften SUD und VPOD organisierten zusammen mit der Personalkommission einen Streik am Waadtländer Universitätsspital in Lausanne CHUV (Centre hospitalier universitaire vaudois). Zu den Hauptforderungen gehören eine signifikante Erhöhung der COVID-Prämie und ihre Ausweitung auf alle Berufsgruppen, die während der Pandemie einen grossen Einsatz geleistet haben. Dazu kommen Forderungen, für die sich die Gesundheitsbranche schon lange stark macht: bessere Löhne, eine Abnahme der Arbeitsbelastung, die Einstellung von zusätzlichem Personal, eine qualitative und quantitative Verbesserung des Personalbestands und der verfügbaren Mittel, das

Ende der Aushöhlung des öffentlichen Gesundheitswesens und der Sparpolitik, damit die Patient*innen gut gepflegt werden können von Personal, das über gute Arbeitsbedingungen verfügt.

Zum Streiktag am Universitätsspital kam ein Aktionstag im halböffentlichen Gesundheitssektor, der von den Gewerkschaften SUD und VPOD sowie dem Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner SBK organisiert wurde. Die Forderungen sind die gleichen wie im öffentlichen Sektor. Dazu kommt die Angleichung der Lohnklassen des GAV an diejenigen des Spitals Riviera-Chablais in einem ersten Schritt und an diejenigen des öffentlichen Sektors in einem zweiten Schritt.

(Fortsetzung auf Seite 10)

Gesundheit

(von Seite 9)

Lohnleichheit war eines der grossen Ziele des Aktionstages. Die öffentlichen wie privaten Arbeit*geberinnen, Geldgeber*innen und Entscheidungsträger*innen fordern überall Lohndumping und lassen die verschiedenen Institutionen und Arbeiter*innen untereinander konkurrieren.

Ein langfristiger Kampf

Auch in anderen Regionen der Schweiz wird im Gesundheitssektor mobilisiert.

Die Kämpfe des Gesundheitspersonals brauchen Ausdauer. Ob es um eine anständige COVID-Prämie für alle, um mehr Personal, um weniger Arbeit, um gleichen Lohn für gleiche Arbeit (egal ob im öffentlichen oder im subventionierten Gesundheitssektor) oder um die Verteidigung des öffentlichen Gesundheitswesens gegen Restrukturierungspläne und Budgetkürzungen geht: Jeder Kampf des Gesundheitspersonals wird nur dank einer riesigen Mobilisierung und, vor allem, viel Kampfgeist gewonnen.

Um ein Kräfteverhältnis zu schaffen, mit dem gewonnen werden kann, müssen die Forderungen des Gesundheitspersonals mit den Anliegen der Nutzer*innen des Gesundheitswesens und denjenigen der Gesamtbevölkerung verbunden werden.

Gesundheit ist ein Gemeingut!

Die Gesundheit ist ein Gemeingut, das nur mit einem Service public zu haben ist. Sie beruht auf dem Recht auf einen gleichberechtigten Zugang zur Gesundheitsversorgung. Die Verwaltungskriterien und -zielsetzungen sind jedoch direkt der Forderung nach Profit und kapitalistischer Wertschöpfung unterworfen.

Wir müssen verstehen, gegen was wir ankämpfen. Das Gesundheitswesen steht den Versicherungen und der gesamten politischen Klasse gegenüber, die nur von Ra-

tionalisierung und Sparen reden. Der Stil mag zwar je nach politischer Kraft und Machtzentrum ändern, doch die Strategien sind grösstenteils die gleichen. Das Gesundheitswesen wird systematisch angegriffen und ausgehöhlt; sein Personal wird immer mehr ausgepresst, kaputt gemacht und geopfert. Es geht hier nicht mehr darum, Politiker*innen, die nicht wissen, was sie tun, wieder zur Vernunft bringen zu müssen. Wir befinden uns in einer Situation, in der wir den Service public im Dienste des Gemeinwohls nur erhalten können, wenn wir uns durchsetzen.



Transparent in Lausanne zum Streik im Unispital, 23. Juni.

Ein Befreiungsschlag ist nötig

Unsere Kolleg*innen aus der Gesundheitsbranche sind hin- und hergerissen zwischen ihrem Professionalismus, ihrem Wunsch, sich gut um die Patient*innen kümmern zu können, und der Notwendigkeit, für humane Arbeitsbedingungen und den Weiterbestand der Gesundheitsversorgung im Allgemeinen zu kämpfen. Wir sind uns alle bewusst, vor welche Gewissenskonflikte das Gesundheitspersonal gestellt ist. Die Lösung kann aber – sowohl für die Arbeiter*innen als auch für

die Patient*innen – nur über einen harten, von allen mitgetragenen und langanhaltenden Kampf führen, der die Forderungen des Pflegepersonals mit denjenigen der übrigen Arbeiter*innenklasse verbindet. Der Aktionstag am 23. Juni und der Streik am Unispital Lausanne sind ein Schritt in die richtige Richtung. Wir müssen es schaffen, dass sich eine Kultur des Widerstands, der gemeinsamen Aktionen und des Streiks breitmacht.

Das Gesundheitswesen ist nicht nur von harten Arbeitsbedingungen und ungenügenden Löhnen geprägt. Hier werden laufend neue Machtstrategien getestet und die Direktionen versuchen, eine bedingungslose Unterwerfung unter die Arbeitsordnung, eine immer weitreichendere und erzwungene Prekarität, eine schleichende Zurückstufung der Personalkategorien und ein systematisches Ignorieren von Know-how und Qualifikationen durchzusetzen.

Auch im Gesundheitssektor gilt: Basisgewerkschaften jetzt!

Angesichts dieser Situation müssen wir überall Basisgewerkschaften aufbauen, die von den Arbeiter*innen selbst verwaltet werden. Nur so können wir diesen langanhaltenden Kampf führen und gewinnen. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass die Mobilisierung andauert und auf alle Arbeitsplätze übergreift.

**Syndibasa
Allianz der Basisgewerkschaften**

Die zentralen Forderungen

- Ein am Gemeinwohl und an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientierter Service public im Gesundheitsbereich, der allen den gleichen Zugang zur Gesundheitsversorgung garantiert;
- ausreichende finanzielle Mittel für den öffentlichen Gesundheitssektor, die auch sicherstellen, dass die Angestellten über Arbeitsbedingungen verfügen, die ihren professionellen und privaten Bedürfnissen Sorge tragen;
- Personalbestände, Mittel und eine Arbeitsorganisation, die der Überbelastung, den auslaugenden Arbeitsbedingungen, der erzwungenen Flexibilität sowie der Zermürbung und dem Leiden des Personals ein Ende bereiten;
- sichere und stabile Arbeitsverhältnisse, die den Angestellten Gesundheit, Unversehrtheit und Sicherheit garantieren;
- eine massive Aufwertung der Löhne und der Lohnklassen.

Die befreite Gesellschaft

Die letzten Jahre zeigten im Zeitraffer nochmals auf, dass unsere momentane Gesellschaftsordnung mehr Probleme schafft, als Lösungen anbietet. Wer diese Probleme lösen will, muss vielmehr gegen Staat und Kapital arbeiten. Und gegen die Ideologie, dass beides für die Menschheit und deren Wohlstand erforderlich sei.

Im letzten Jahr hat die Corona-Pandemie bereits bestehende gesellschaftliche Verwerfungen intensiviert, beschleunigt und für uns alle sichtbar gemacht. Systemrelevante Branchen wie beispielsweise die (Kranken-)Pflege oder der (Einzel-)Handel klagen seit langem über Unterbezahlung und Überlastung. Die ökonomischen Bedingungen sind relevant für die Frage, wie eine Gesellschaft funktionieren soll. Es ist nicht neu, dass die herrschenden Produktionsbedingungen nicht im Stande sind, die dringlichsten Menschheitsfragen zu beantworten, wie eine schleppende Kehrtwende im Kampf gegen den menschengemachten Klimawandel verdeutlicht. Gesellschaftliche Privilegien, ob ökonomisch oder sozial, bilden ein Spannungsfeld, das sich in einem kontinuierlich fortlaufenden Transformationsprozess befindet.

Kein Grund zynisch zu werden,...

...denn es ist nicht einfach, sich eine befreite Gesellschaft vorzustellen und vielmehr noch diese praktisch umzusetzen. Beispielsweise ist es notwendig, die Lohnarbeit als Teil der Gesellschaftsordnung grundsätzlich in Frage zu stellen und bestenfalls abzuschaffen. Gesellschaftliche Respektabilität wird in unserer Gesellschaft noch immer über Lohnarbeit definiert. Genoss*innen, die sich noch an die FAU-Kampagne „Leiharbeit abschaf-

fen“ erinnern und/oder konkret an die Deregulierung des Arbeitsmarktes im Zuge der Agenda 2010, wissen, was hiermit gemeint ist. Als die DGB-Gewerkschaften alles brav nach Hartz abgewunken haben, vertrat die FAU eine konsequente Gegenposition. Die radikale Vorstellung, nicht mehr für Lohn arbeiten zu müssen, um überleben zu können, wirkt trotz allem auch Jahre später für eine breite Mehrheit, gelinde gesagt, eher beunruhigend. Ein Argument, das von Verfechter*innen neoliberaler Wirtschaftspolitik gerne auf-



Kam gerade mit Kurzarbeit und der Corona-Pandemie nochmals auf: Schon nur die Idee eines Bedingungslosen Grundeinkommens löst höchste Panik aus. Denn immer wieder wird die Furcht kundgetan, dass dann niemand mehr arbeiten wolle. Dem stehen bereits geleistete Unmengen von Gratisarbeit gegenüber, ohne die unsere Gesellschaft nicht funktionieren würde.

gegriffen wird: wenn der Druck lohnarbeit zu müssen wegfiel, würde die Gesellschaft kollabieren.

Die ökonomische Grundordnung unserer Zeit ist kein Naturgesetz,...

...denn die Transformationsprozesse am Arbeitsmarkt (Industrie 4.0) sind unabhängig von ideologischen Ansichten in vollem Gange. Die Vorstellung, täglich nicht mehr acht Stunden oder mehr arbeiten zu müssen, um ein glückliches Leben führen zu können, sollte eigentlich eine paradisiische sein. Dabei muss zwischen Lohnarbeit, welche einer Verwertungslogik unterliegt, und Arbeit als produktiver Vorgang der Tätigkeit differenziert werden. Statt dem Hamsterrad Lohnabhän-

gigkeit könnte Mensch die entstandene freie Zeit für die persönliche und gesellschaftliche Weiterentwicklung und eine Stärkung des Gemeinwesens nutzen. In einer befreiten Gesellschaft können Menschen nicht über ihre Lohnarbeit definiert werden. Das ist einer der Punkte, die uns die Coronakrise unmissverständlich aufgezeigt hat. Eine kritische Analyse der Produktionsbedingungen kann nur unter Teilhabe der jeweiligen Akteur*innen und auch der Konsument*innen erfolgen. Eine befreite Gesellschaft baut auf

gesellschaftlicher Teilhabe und Teilnahme auf und arbeitet kontinuierlich daran, Herrschaftsstrukturen zu analysieren und aufzuheben.

Davon sind wir weit entfernt...

Den Maschinensturm haben schon die Weber*innen praktiziert – aus Angst, ihr Brot zu verlieren. Verständlich, denn wenn Mensch ausser der eigenen Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt nichts an Kapital zur Verfügung hat, kann der Verlust der

Lohnarbeit samt einhergehendem gesellschaftlichem Respektabilitätsverlust desillusionierend wirken. Die Geschichte hat gezeigt, dass abstiegsbedrohte Teile der Gesellschaft auch anfälliger für autoritär geprägte Vorstellungen einer Gesellschaftsordnung sein können. Spaltungstendenzen aufgrund reaktionärer Ideologien können seit jeher in der Arbeiter*innenbewegung beobachtet werden. Ein entscheidender Unterschied zu rechten politischen Strömungen, die in jedem Aspekt ihrer Ideologie destruktiv handeln, ist die Fähigkeit emanzipatorischer Bewegungen, kreativ, also „schaffend“, zu sein. Autoritäre Gesellschaftsordnungen bauen auf einem ideologischen Endpunkt auf, in dem das kon-

(Fortsetzung auf Seite 12)

Befreite Gesellschaft (von Seite 11)

struierte „Andere“ als Bedrohung empfunden wird und zu beseitigen ist.

Die Herausforderung ist und bleibt die Praxis

Eine Gesellschaftsordnung, die auf Teilhabe und gegenseitiger Hilfe basiert, die ökologisch, nachhaltig und fair ist, müsste doch allen gefallen. Das dem nicht so ist und sie vermutlich mittelfristig auch nur zäh realisierbar ist, stellt kein Geheimnis dar. Menschen definieren sich über das, was sie tun, ob es nun gut oder schlecht ist. Interessanterweise zeigt es sich auch während der Coronakrise, dass Menschen durchaus in schwierigen Zeiten auch ihre besten Seiten an den Tag legen können. Die Frage, wie und was produziert wird, unterliegt nicht automatisch einem Markt, sondern vielmehr Bedürfnissen. Der Mangel an Schutzmasken zu Beginn der Coronakrise und die Initiative engagierter Menschen, dieses staatliche Versagen durch Produktion selbstgeähter Masken zu kompensieren, ist dabei nur ein Beispiel. Produktionsketten in ihrer jeweiligen Komplexität müssen organisiert und gepflegt werden. Viele Produkte, die wir selbstverständlich konsumieren, erfordern mitunter immensen Aufwand oder sind nicht nachhaltig. Die Ursachen für die Probleme unserer Zeit sind zudem historisch gewachsen und verdeutlichen, was es bedeutet, wenn eine bestehende Gesellschaftsordnung ins Wanken gerät. Rudolf Rocker bezeichnet Nationalismus treffend als „politische Religion“, die zum Ziel hat, den Staat als „gottgleich“ zu verehren. Staat und Kultur stehen sich antagonistisch gegenüber. Diese hegelianische Auffassung vom Staat und von dessen Einfluss auf die intellektuelle Klasse sind laut Rocker ein gemeinsames Kennzeichen und gleichzeitig ein Manko der liberalen, autoritären und demokratischen Strömungen dieser Zeit. Rocker

greift nicht zuletzt die totalitäre Auffassung von staatlich organisierter Gesellschaftsordnung als solche an. Faschismus ist laut Rocker die Konsequenz einer politischen Religion: Nationalismus.

Die absolutistische Vorstellung nach Hegel, dass sich gesellschaftliche Ordnung nur mittels eines Staates realisieren lässt, ist ideologisch konstruiert und somit nicht unüberwindbar. In „Nationalismus und Kultur“ geht Rocker noch weiter, wenn er schreibt, dass

„die sogenannte Staatsauffassung des Faschismus erst in Erscheinung [tritt] nachdem der Duce zur Macht gelangt war. Bis dahin schillerte die faschistische Bewegung in allen Farben des Regenbogens, wie in seiner ersten Phase in Deutschland der Nationalsozialisten



*Das „Wir“ gegen das „Andere“. Auch in der Schweiz haben faschistische Gruppen wie die Eisenjugend Aufwind. Was sie vereint: Der Hass auf alles „Abnormale“ und natürlich ein ausgeprägter Antisemitismus. Die rechtsextreme Szene hat immer wieder versucht, die Bewegung der Corona-Leugner*innen zu übernehmen.*

mus. Sie hatte überhaupt kein einheitliches Gepräge. Ihre Ideologie war ein buntes Gemisch geistiger Bestandteile aus allen möglichen Ideenrichtungen. Was ihr Gehalt gab, war die Brutalität ihrer Methoden, ihr rücksichtsloses Draufgängertum, das schon deshalb keine andere Meinung achtete, weil es selber keine zu vertreten hatte. Was dem Staate zum vollendeten Zuchthaus bisher noch gefehlt hatte, das hat ihm die faschistische Diktatur bis zum Überfluss gegeben.“

Rocker verweist zuvor auf Mussolinis (vermeintliche) frühe Ablehnung gegenüber dem Staat, die zeitlich vor dem

„Marsch auf Rom“ zu verordnen ist (veröffentlicht 1920 in „Popolo d'Italia“) und fährt fort:

„In der Tat hatte Mussolini aus der Freiheit ein Vorrecht für sich gemacht und gelangte damit zur brutalsten Unterdrückung aller anderen; denn eine Freiheit, welche die Verantwortung des Menschen seinen Mitmenschen gegenüber durch ein geistloses Machtgebot zu ersetzen trachtet, ist schnöde Willkür; Verleugnung jeder Gerechtigkeit und allen Menschentums. Aber auch der Despotismus verlangt eine Rechtfertigung dem Volke gegenüber, das er vergewaltigt. Aus dieser Notwendigkeit wurde der neue Staatsbegriff des Faschismus geboren.“

Seine Ausführungen über Mussolini und den Faschismus wirken erschreckend aktuell.

Aufstand der Unanständigen – oder warum die Corona-Pandemie die Masken fallen lässt...

Gesellschaftliche Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten hin zu einer gleichberechtigten Gesellschaftsform werden bekanntermassen zur Zeit begleitet von einer schrillen, pseudo-rebellischen Minderheit. Ein geschätzter Genosse bemerkte erst treffend, dass diese selbsternannten „querdenkenden Bewegungen“ Zerfallserscheinungen des Gestrigen und dessen letztes Aufgebot sind. In anderen Worten ein vergeblicher Versuch, bereits etablierte gesellschaftliche Normen der Emanzipation umzukehren. Dieser diffuse Rebellionsprozess verwirrter Kleinbürger*innen ist als ein Symptom des Niedergangs, der nicht mehr aufzuhalten ist, zu bewerten. Das infantile Verhalten dieser Wutbürger*innen ist letztlich ein Zeichen ihrer Sozialisation. Einer Sozialisation im Zeichen der 60er- bis 00er-Jahre. Wo die Welt angeblich noch in Ordnung war und jede*r alles erreichen konnte, wenn sie*er nur hart genug dafür arbeitet.

Dieses Klientel, das sich nie ernsthaft für soziale Gerechtigkeit interessiert hat, probt nun den Aufstand. Es ist Gratismus und kein Widerstand gegen herrschende Unterdrückungsverhältnisse. Es ist das diffuse Angstgefühl der Abstiegsbedrohten, zu kurz zu kommen. Wirklich benachteiligte Menschen, wie beispielsweise von Diskriminierung Betroffene, interessieren diese Generation nicht wirklich, sondern nur der eigene Opfermythos. Auch wenn das schrille Krakeelen der Impfgegner*innen und anderer Verschwörungsdemagog*innen und Konsorten in keinsten Weise ernstzunehmen ist, können wir uns keineswegs zurücklehnen, was deren Verrohungspotential betrifft. Insbesondere was die anhaltende Situation der Exekutiven mit Gewaltmonopol angeht, besteht ebenfalls keineswegs Entwarnung. Die Durchseuchung der „Sicherheitsorgane“ ist dabei die größte Gefahr für eine offene Gesellschaft, wie die steigende Zahl von enthüllten rechtsterroristischen Netzwerken wie „Nordkreuz“ oder „Gruppe Werner S.“ belegen.

Ein antifaschistischer Grundkonsens muss obligatorisch werden

Es stellt sich uns nun die Frage: Welche Gesellschaftsform wäre im Stande, die Widersprüche unserer Zeit aufzulösen. Im Angesicht des historischen beispiellosen Zivilisationsbruchs, der Shoah, schwingt in Rockers Werk eine gewisse Ernüchterung über das zu revolutionierende Subjekt der Werktätigen mit. Weite Teile der Werktätigen hatten sich autoritären Ideologien verschrieben und neben den Kleinbürger*innen und Kapitalist*innen dem Faschismus den Weg bereitet.

Rudolf Rocker beschreibt den Faschismus nicht zuletzt deswegen auch als finale Konsequenz ausgehend von einer Nationalideologie, einer politischen Religion. Im Gegensatz dazu beschreibt

Rocker den Weg zur befreiten Gesellschaft, Anarchismus respektive Anarchosyndikalismus, nie als absolut oder einen ideologischen Endpunkt einer endgültigen Entwicklungsstufe, wie es in staatsphilosophischen Denkmustern gepredigt wird. Anarchismus ist das Gegenteil von Religion und Esoterik – es ist die wissenschaftliche Analyse und vor allem die Praxis zur Befreiung von Herrschaftsmechanismen, die sich historisch herausgebildet/entwickelt haben. Letztlich sind Ideologien konstruiert und keine Naturgesetze. Wir Menschen könn(t)en es schaffen, uns hin zu einer gleichberechtigten Gesellschaft zu entwickeln. Es



Marktversagen: Die neoliberale Ideologie predigt stets von der natürlichen Regulierung des Marktes. Doch der zum göttlichen Wesen hoch stilisierte Markt schafft es nicht, die Klimakatastrophe zu stoppen. Ganz im Gegenteil: Das für den Kapitalismus notwendige Wachstum kurbelt trotz immer mehr erneuerbaren Energien den CO²-Ausstoss noch an.

steht nicht in Stein gemeißelt, dass unser aller Schicksal voller Neid, Ausbeutung und Hass sein müsse. Genauso wenig wie die Kapitalist*innen Recht hätten, dass der Markt alles reguliert und dass das unumstößlich sei, oder Chauvinist*innen davon ausgehen, er*sie könne sich über andere stellen und das Leben wäre nur ein Kampf ums Dasein.

Mehr als nur bürgerliche Revolution

Anarchosyndikalismus basiert auf der Idee der Gleichheit aller Menschen, die ihren Ausgangspunkt in der historischen Idee der französischen Revolution hat. Bei genauerer Betrachtungsweise sind

sehr viele Forderungen bereits tatsächlich weiterentwickelt und umgesetzt worden – beispielsweise das allgemeine Wahlrecht, die (formale) Gleichberechtigung der Frau. In vielen Ländern würde beispielsweise ein Frauenwahlrecht (momentan) nicht mehr in Frage gestellt werden. Anarchismus/Anarchosyndikalismus ist nicht als Regierungsform gedacht, was oftmals nicht verstanden wird. Es geht darum, den Menschen einen Weg zu zeigen, nicht über andere zu herrschen und sich nicht beherrschen zu lassen und gleichzeitig Verantwortung füreinander übernehmen zu können. Autoritäre Gesellschaftsstrukturen ersticken jegliche Verantwortungs-

bereitschaft. Die Jünger*innen eines wie auch immer gearteten Nationalismus legen nicht zuletzt ihre individuelle Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft in die Hände von wie auch immer gearteten Anführer*innen. Die darauf folgenden Unmenschlichkeiten ausgehend von politischer Religiosität sollten eigentlich mittlerweile allen bekannt sein.

Rockers Werk ist entstanden im Zeichen der Ernüchterung über den beispiellosen Zivilisationsbruch, wo die Kollektivbarbarei die Menschheit fast in

den Abgrund geführt hat. Wir Menschen täten gut daran, uns explizit von Religionen jeglicher Art zu distanzieren, auch und vor allem, wenn sie politisch motiviert sind. Es geht nicht darum, möglichst schnell eine möglichst grosse Massenbewegung zu werden. Es dreht sich nicht darum, für ein bisschen Umverteilung zu sorgen und somit zu glauben, dass die Widersprüche der jeweiligen Zeit aufgehoben werden können. Es ist Fakt, dass sobald eine regierende Gruppe durch die andere abgelöst wird, sich neue Hierarchien und somit neue Unmenschlichkeiten herausbilden werden. Das fängt auch schon im Kleinen an und sei es auch nur

(Fortsetzung auf Seite 14)

Befreite Gesellschaft (von Seite 13)

ein alternatives Projekt, wo auch informelle Hierarchien präsent sind. Wir müssen die Idee einer Gesellschaftsform, die auf Gleichheit aller Menschen basiert, als dynamisch und sich entwickelnd verstehen und niemals locker lassen, wenn es um Mitmenschlichkeit geht.

Doch nun zum Punkt: Rockers in Worte gefasste Desillusion und Analyse zum Scheitern der Moderne folgte die bis heute anhaltende Epoche der Postmoderne. Es ist eine Phase, die nun zu Ende geht, weil sie nicht die Antworten liefert, die dringender denn je sind. Es ist nichts Neues, dass die industrialisierten postkolonialen Mächte weiterhin grosse Teile der Erde ausbeuten. Eine dezentrale, nachhaltige Produktionsweise, die sich an einer bedürfnisorientierten Ressourcen- und Konsumgüterverteilung messen könnte, würde enorme Veränderungen unseres Alltags in Anspruch nehmen. Chancengleichheit und menschenwürdige Lebensbedingungen für alle sind Ziele, für die zu jeder Zeit gekämpft werden muss, auch in der Zukunft. Wenn wir den Blick nun auf die Industriestaaten lenken, die angesichts einer Katastrophe wie der gegenwärtigen Pandemie an die Grenzen ihrer Möglichkeiten stossen, womit die Spaltung der Gesellschaft einhergeht, ist das Aufkeimen von chauvinistischen Einstellungen symptomatisch. Das ist ein Widerspruch unserer Zeit: diejenigen, die für das Klimachaos verantwortlich sind (im Alter zwischen 30 und 60 Jahren), haben politische Mehrheiten generiert. Diese Generationen setzen das Glücksversprechen, alles erreichen zu können, wenn Mensch nur fleissig genug ist, als unumstösslich gesetzte Wahrheit über den tatsächlichen Zustand der Gesellschaft. Nun erleben diese Generationen, dass ihre bisherigen Lebensgewohnheiten nicht mehr zeitgemäss sind (Tempolimit, schlimm schlimm...). Die Frustration über die Erkenntnis, dass das eigene Ego nicht der Nabel der Welt ist, kann schwerwiegende psychologische Folgen für diese Personen und ihr Umfeld haben.

Auf einmal bricht das Kartenhaus Lebenslüge ein...

Greise, die, Yogamatten schwingend, Disco fordern und hedonistische Lebensweisen propagieren und auf der Gegenseite junge engagierte Menschen, die Verantwortung übernehmen wollen und können, aber nicht dürfen, weil die Gesetzgebenden es ihnen aufgrund ihres Alters verbieten. Der grosse Widerspruch unserer Zeit: Menschen, die nicht begreifen wollen, dass wir an einem Wendepunkt der Menschheitsgeschichte stehen, entscheiden in kurzfristig gedachten, emotional aufgeladenen und ja, durchaus egoistisch motivierten Impulsen über die Zukunft der nachfolgenden Generation, während diejenigen, die in der Zukunft



Zukunft verweigert: Gerade Bewegungen wie der Klimastreik zeigen, dass Jugendliche auch Verantwortung übernehmen und ihre Zukunft mitgestalten wollen. Dies wird ihnen verwehrt von Generationen, die von der Zerstörung des Planeten profitieren haben.

leben müssen, nicht entscheiden dürfen. Junge Menschen übernehmen immer mehr Verantwortung und reflektieren sich und ihre Welt. Deswegen stehen auch die Zeichen der Zeit für eine befreite Gesellschaft günstig. Die junge Generation zeigt, dass die Zeit reif ist für eine emanzipierte Gesellschaft und Anarchismus/Anarchosyndikalismus kann ein Vehikel in so eine Zukunft sein/als Katalysator wirken. Als ein positives Beispiel ist auch die DIY-Kultur der Punkszene zu verstehen, die sich zum Ziel gemacht hat, sich Fähigkeiten anzueignen, um sich zu befreien anstatt zu resignieren. Nicht zuletzt waren anarchistische Strömungen damals massgeblich daran beteiligt, die Partizipation der Entrechteten und

Benachteiligten auf der Grundlage der Selbstorganisation zu forcieren. Seien es gewerkschaftliche Methoden oder soziale Bewegungen wie z.B. feministische Bestrebungen. Auch wenn die ewig Gestrigen die Wahlen noch so stark beeinflussen und der Fortschritt verlangsamt wird: Sie können ihn nicht mehr aufhalten.

Anarchismus heisst Verantwortung

Anarchismus/Anarchosyndikalismus definiert sich nicht über den Button an einer zerfledderten Jacke (kann Mensch gerne tragen, Geschmäcker sind halt verschieden), er definiert sich nicht über ein diffuses Stereotyp des frechen Rebell*innen (Ich mache mir die Welt wie sie mir gefällt) gegenüber jemanden und auch nicht

über das Chaos, was mancher Mensch Privatleben nennt – er definiert sich darüber, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Das beinhaltet auch, gesellschaftliche Institutionen mitzugestalten, die für uns alle von Belang sind (dazu gehören alle Bereiche der Gesellschaft). Die Institutionen, die die Gesellschaft tragen, sind divers und diese Diversität muss sich auch im anarchosyndikalistischen Aktivismus widerspiegeln. Sich basisgewerkschaftlich organisieren, Genossenschaften gründen, eine Infrastruktur zur partizipativen Ökonomie etablieren, letztlich Teilhabe für alle Menschen ermöglichen, gegenseitige Hilfe

nicht nur propagieren, sondern auch institutionalisieren und bestehende Institutionen sensibilisieren.

Anarchosyndikalismus ist ein Prinzip der Bodenständigkeit, das von der Basis getragen wird, von Menschen, die bereit sind, Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen, wo das Glück der anderen Menschen genauso bedeutend ist wie das eigene. Anarchismus ist letztlich ein dynamisches Werkzeug hin zu einer befreiten Gesellschaft und nicht auf der Suche nach einem neuen, perfekten Menschen.

Karl Bachlaut

Zuerst erschienen unter:
www.direkteaktion.org

Der Revoluzzer

War einmal ein Revoluzzer
im Zivilstand Lampenputzer;
ging im Revoluzzerschritt
mit den Revoluzzern mit.

Und er schrie: „Ich revolütze!“
Und die Revoluzzermütze
schob er auf das linke Ohr,
kam sich höchst gefährlich vor.

Doch die Revoluzzer schritten
mitten in der Straßen Mitten,
wo er sonst unverdrutzt
alle Gaslaternen putzt.

Sie vom Boden zu entfernen,
rupfte man die Gaslaternen
aus dem Straßenpflaster aus,
zwecks des Barrikadenbaus.

Aber unser Revoluzzer
schrie: „Ich bin der Lampenputzer
dieses guten Leuchtlichts.
Bitte, bitte, tut ihm nichts!

Wenn wir ihn' das Licht ausdrehn,
kann kein Bürger nichts mehr sehen.
Lasst die Lampen stehn, ich bitt! -
Denn sonst spiel ich nicht mehr mit!“

Doch die Revoluzzer lachten,
und die Gaslaternen krachten,
und der Lampenputzer schlich
fort und weinte bitterlich.

Dann ist er zu Haus geblieben
und hat dort ein Buch geschrieben:
nämlich, wie man revolützt
und dabei doch Lampen putzt.

(gewidmet der deutschen Sozialdemokratie)

- Erich Mühsam (1878-1934)

Zur Kulturseite

Wir haben uns vorgenommen in jeder Ausgabe auch etwas Kultur zu bringen und werden hier Kurzgeschichten, Gedichten und grafischer Kunst einen Platz geben. Wir versuchen möglichst Unveröffentlichtes abzdrukken und freuen uns natürlich, wenn du uns deine Werke zur Verfügung stellst (schreib an zeitung@faubern.ch).

Falls wir einmal nicht genügend zugesendet bekommen, werden wir auch auf bereits veröffentlichte Kunst zurückgreifen.

abonnieren?

Einsenden an:
di schwarzi Chatz
c/o FAU Bern
Postfach 2368
3001 Bern
oder:
zeitung@faubern.ch

- Ich möchte di schwarzi Chatz abonnieren (ungefähr 6 Ausgaben für 30.- oder mehr)
- Für Infoläden, Beizen und Weiterverteiler_innen haben wir spezielle Abos! Einfach per Mail nachfragen (zeitung@faubern.ch)

Vorname, Name:

Adresse:

PLZ/Ort:

E-Mail:



di schwarzi chatz
Zeitung der Freien Arbeiter_innen Union in der Schweiz

8 Stunden sind (mehr als) genug!
132 Jahre sind es her, dass in Chicago für den Arbeiterkampf die ersten Arbeiter_innen inhaftiert wurden. 8 Stunden sind (mehr als) genug!



1. Ein Angriff
2. Die Arbeiter_innen in der Schweiz
3. Die Arbeiter_innen in der Schweiz
4. Die Arbeiter_innen in der Schweiz
5. Die Arbeiter_innen in der Schweiz
6. Die Arbeiter_innen in der Schweiz
7. Die Arbeiter_innen in der Schweiz
8. Die Arbeiter_innen in der Schweiz
9. Die Arbeiter_innen in der Schweiz
10. Die Arbeiter_innen in der Schweiz
11. Die Arbeiter_innen in der Schweiz
12. Die Arbeiter_innen in der Schweiz
13. Die Arbeiter_innen in der Schweiz
14. Die Arbeiter_innen in der Schweiz
15. Die Arbeiter_innen in der Schweiz
16. Die Arbeiter_innen in der Schweiz
17. Die Arbeiter_innen in der Schweiz
18. Die Arbeiter_innen in der Schweiz
19. Die Arbeiter_innen in der Schweiz
20. Die Arbeiter_innen in der Schweiz

Die FAU? Was ist das?

Die Freie Arbeiter_innen Union Schweiz ist eine Gewerkschaftsinitiative. Die FAU versteht sich als basisdemokratische und kämpferische Alternative zu den sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften. Die FAU ist anarcho-syndikalistisch, denn sie ist:

KÄMPFERISCH: Weil die Interessen der Arbeiter_innen denjenigen des Kapitalist_innen radikal entgegengesetzt sind. Weil die grossen sozialen Fortschritte nur durch Kämpfe der Basis erreicht wurden.

SELBSTBESTIMMT: Weil Entscheidungen von den Direktbetroffenen getroffen werden sollen und nicht von Parteispitzen und Funktionär_innen. Weil Hierarchien im Gegensatz zu unserer Vorstellung einer freien Gesellschaft stehen.

SOLIDARISCH: Weil einzig gegenseitige Hilfe und branchenübergreifende Aktionen uns die Durchschlagskraft geben, um tiefgreifende Veränderungen zu bewerkstelligen.

ANTIKAPITALISTISCH: Weil wir diejenigen sind, welche alle Güter herstellen und alle Dienstleistungen erbringen, sollten wir für unsere Bedürfnisse produzieren und nicht für den Profit von einigen Wenigen. Wir denken deshalb, dass der Syndikalismus für eine gerechte, horizontale und freie Gesellschaft eintreten muss.

Schwarze Katze?

Die schwarze Katze als Symbol für selbstorganisierte Arbeitskämpfe wurde im frühen 20. Jahrhundert vom IWW-Mitglied Ralph Chaplin erschaffen. Die Katze, auch „Sab Cat“ genannt, wird heute von libertären Gewerkschaften auf der ganzen Welt als Symbol verwendet. Wir freuen uns über Kommentare, Rückmeldungen und Kontakte an:

Twitter: @FauSchweiz

Instagram: fau_schweiz

Facebook: FAUsuisse



Homosexualität am Arbeitsplatz

Recht auf Homosexualität

Es besteht ein sogenanntes Grundrecht der persönlichen Freiheit. Homosexualität fällt seit einem Bundesgerichtsentscheid von 1992 auch darunter. Auf dieses Recht kannst du dich auch beziehen, wenn du unter 18 Jahre alt bist.

Antidiskriminierung

In der Schweiz gibt es nur in wenigen Kantonen (AR, BE) Bestimmungen, die Diskriminierung aufgrund seiner/ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität verbieten. Diese sind auch einklagbar. Andere Bestimmungen sind nicht direkt einklagbar.

Einstellung

Homosexualität ist bei vielen Firmen immer noch ein Einstellungshindernis: Bei der Stellensuche ist es wegen dem fehlenden Schutz nicht ratsam, der*dem künftigen Arbeitgeber*in deine Orientierung offen zu kommunizieren. Falls sie*er dich fragt, ob du schwul/lesbisch/bisexuell bist, könntest du die Antwort verweigern, wirst dann aber oft nicht eingestellt. Gebrauche lieber dein Notwehrrecht und gib eine falsche Antwort, falls du überhaupt noch an der Stelle interessiert bist.

Coming-Out im Betrieb

Eine Umfrage von LOS, Network und Pink Cross bei ihren Mitgliedern zeigte, dass 60 bis 70% der Mitarbeitenden und Vorgesetzten wissen, dass jemand schwul/lesbisch/bisexuell ist. Es gibt aber keine Pflicht, dass du das in einem Betrieb öffentlich machen musst. Falls du ein Coming-Out in deinem Betrieb willst, aber nicht weisst wie, wendest du dich am besten an eine Beratungsstelle.

Selbst wenn die*der Arbeitgeber*in später von deiner Homosexualität erfährt, ist eine

Kündigung durch den*die Arbeitgeber*in missbräuchlich – ausser es handelt sich um einen sogenannten Richtungsbetrieb, also eine Firma, die eine klare Weltanschauung vertreten muss, mit der sich Homosexualität nicht vereinbaren lässt (z.B. Religionsgemeinschaften).

Entlassung

Homosexualität ist kein Entlassungsgrund. Auch dann nicht, wenn angeblich deswegen der sogenannte Betriebsfrieden gestört wird. Entlassen werden dürfen oder müssen aufgrund der Fürsorgepflicht der Arbeitgeber_innen vielmehr diejenigen Personen, welche schwule Mitarbeiter_innen nicht akzeptieren können. Erhältst du eine Kündigung, verlange eine schriftliche Begründung und wende dich an eine_n Vertrauensanwält_in. Wird Homosexualität als Entlassungsgrund genannt, ist die Kündigung missbräuchlich. Das Gesetz sieht aber – mit einer Ausnahme – nicht vor, dass du auf Wiedereinstellung klagen kannst, stattdessen kannst du auf Entschädigung klagen (theoretisch bis sechs Monatslöhne; in der Deutschschweiz in der Praxis bis höchstens drei). Die einzige Ausnahme sind Verstösse gegen das Gleichstellungsgesetz.

Homophobie

Homophobe Gewalt, Beschimpfung, Ehrverletzung oder Tätlichkeit gegenüber Homosexuellen ist genauso strafbar wie gegenüber Heter@s. Wie man Strafanzeigen macht, ohne auf dem Polizeiposten abgewimmelt zu werden, erfährst du bei einem/einer Vertrauensanwält_in. Kontakte erhältst du auf den Beratungsstellen.

Einige Beratungsstellen

Homosexuelle Arbeitsgruppen Bern

Pink Rail

Lesbenorganisation Schweiz

Impressum

di schwarzi chatz
Postfach 2368
3001 Bern

Auflage: 350
Konto: 30-276725-1

Erscheint 6 Mal jährlich (Änderungen vorbehalten)

Kontakt

di schwarzi chatz
zeitung@faubern.ch
FAU Schweiz - Die Basisgewerkschaft
info@FAUnion.ch